

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 13. April 2011

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel
Stadträtin Schwarz
Stadträtin Zethner (für Stadtrat Ferber)
Stadtrat Ballonier (ab TOP 2)
Stadtrat Dreher
Stadtrat Hennrich
Stadtrat Hofmann
Stadtrat Petermann (für Stadtrat Schulz)
Stadtrat Siebentritt
Stadtrat Wicha (für Stadtrat Karl-Heinz Scherf)
Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Josef Vornberger (bei TOP 1)
VAng. Zahn
VOAR Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-9, nichtöffentlich von TOP 10-11 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.15 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses

Im Jahr 2010 hatte der Stadtrat beschlossen, die undichte Trafostation zwischen Rathaus und Feuerwehrhaus mit einem eingeschossigen Anbau zu überstellen und die dafür veranschlagten Kosten in Höhe von 100.000 € im Haushaltsplan 2011 zu veranschlagen. Nachdem ursprünglich vorgesehen war, in dem geplanten Anbau weitere Verwaltungsräume unterzubringen, hat sich zwischenzeitlich eine Verlagerung des Feuerwehrunterrichtsraumes als sinnvollere Lösung erwiesen.

Mit e-mail vom 25.01.2011 hat der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr zu dieser Konzeption Stellung genommen und vorgeschlagen, das neue Gebäude zweigeschossig auszuführen. Im unteren Bereich könnte die Einsatzzentrale, das Kommandantenzimmer und eine Kleiderkammer eingerichtet werden; das obere Geschöß wäre dann geeignet für den Unterrichtsraum. Bei Verwirklichung dieser Variante würden alle bisher von der Feuerwehr im Rathaus genutzten Räumlichkeiten für Zwecke der Verwaltung frei.

Das Büro Kaufmann hat auf dieser Basis eine erste Grobkonzeption erstellt und die Kosten mit etwa 160.000 € zuzüglich 20.000 – 25.000 € Baunebenkosten ermittelt.

Die Skizzen des Büros Kaufmann zeigen deutlich auf, daß ein zweigeschossiger Anbau das Erscheinungsbild des Rathauses stark verändern würde, zumal die wünschenswerte optische Trennung wegen der geringen Grundfläche nur schwer zu erreichen wäre. Aus diesem Grund hat die Verwaltung vorgeschlagen, für die durchaus anzustrebende Konzentration aller Räume der Feuerwehr ggf. auch eine Erweiterung des Feuerwehrhauses nach Nordwesten ins Auge zu fassen. Dies würde angesichts der Haushaltslage der Stadt nur eine mittelfristige Verwirklichung zulassen.

In seiner Sitzung vom 14.02.2011 hatte der Bau- und Umweltausschuß beschlossen, vor einer Entscheidung eine Ortsbegehung durchzuführen. Kommandant Josef Vornberger erläuterte dem Ausschuß die aktuellen räumlichen Probleme im Gerätehaus. Als Problempunkte nannte er insbesondere die Verteilung der Kleiderspinde auf 2 Geschosse, die unzweckmäßige Einstellung der Leiter und die Lage der Feuerwehrräume in verschiedenen Gebäuden.

Danach faßte der Bau- und Umweltausschuß nach ausführlicher Beratung folgenden Beschluß:

Der Rathausanbau soll wie vorgesehen eingeschossig erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Überlegungen für eine Erweiterung des Gerätehauses weiter zu konkretisieren und eine Umsetzung möglichst für die Jahre 2012/2013 vorzusehen.

2. Austausch der Heizungsanlage im Rathaus

Die in den 80er-Jahren eingebaute Heizungsanlage im Rathaus ist restlos verbraucht und dringend auszutauschen. Dabei ist neben einer Brennwertheizung auch die Möglichkeit einer Holzhackschnitzelheizung in Betracht gezogen worden. Die GASUF hat mit dem Büro Zinßer beide Varianten untersucht und folgende Angebote vorgelegt:

a) Gasheizung

Abschluß eines Wärmelieferungsvertrages mit 10 Jahren Laufzeit; Eigentumsübergang auf die Stadt nach Vertragsende

Investitionskosten: ca. 48.000 €
Anfängliche Gesamtkosten für Wärme und Betrieb: ca. 25.760 €/a

b) Holzhackschnitzelheizung

Abschluß eines Wärmelieferungsvertrages mit 15 Jahren Laufzeit; Anlage bleibt Eigentum der gasuf

Investitionskosten: ca. 90.500 €
Anfängliche Gesamtkosten für Wärme und Betrieb: ca. 30.450 €/a

Bei angenommenen Preissteigerungen von 5 %/a für Gas und 3 %/a für Hackschnitzel würde der jährliche Betrieb nach etwa 10 Jahren für die Hackschnitzelanlage günstiger werden. Unter Berücksichtigung der bis dahin höheren Ausgabe tritt eine Wirtschaftlichkeit insgesamt erst nach etwa 16-17 Jahren ein. Hinzu kommt, daß das notwendige Lagersilo für die Hackschnitzel zusätzlichen Raumbedarf auslöst, der kurzfristig im ohnehin beengten Feuerwehrgerätehaus gedeckt werden müßte. Andererseits könnte bei einer Hackschnitzelanlage der bisherige Heizraum weitgehend für andere Zwecke genutzt werden.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß, insbesondere in Hinblick auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch wegen einiger Unwägbarkeiten beim Bau eine Hackschnitzelanlage, den Einbau einer Brennwertgasheizung zu empfehlen. Dabei sollte auch ein Austausch der Regel- und Steuertechnik sowie der veralteten Heizkörper im gesamten Gebäude durchgeführt werden.

3. Bauanträge

3.1 Marcel Appel, Obernburg – Errichtung einer Wohnmobilgarage, Schifferstraße 18

Herr Appel möchte an der Ostgrenze seines Grundstücks eine größere Wohnmobilgarage errichten.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu. Nachbarliche Belange werden nicht gravierend beeinträchtigt, zumal auf dem Nachbargrundstück Schifferstraße 6 bereits ein Nebengebäude gleicher Höhe vorhanden ist.

3.2 Joachim Arnheiter, Bahnstraße 8 – Errichtung von 2 Fahnenmasten

Herr Arnheiter möchte 2 jeweils 7,0 m hohe Masten als Werbeträger für maximal 150*300 cm große Fahnen errichten.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu.

3.3 Bülent Yabanci, Düsseldorf Straße 6 – Wohnhausneubau Raiffeisenstraße 19 b

Der Bauherr beabsichtigt die Errichtung einer Doppelhaushälfte, die den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Alte Straße“ weitgehend entspricht. Allerdings halten die beiden Quergiebel den Abstand zur östlichen Grundstücksgrenze wohl nicht ganz ein.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu. Die angesprochene Abweichung wird befürwortet.

3.4. Matthias Spall, Bayernstraße 10 – Erweiterung des Weinguts „Am Gleis“, Pfarrer-Adam-Haus-Str. 7

Herr Spall möchte seine Gaststätte um einen Abstellraum und einen Treppenraum erweitern. Zudem soll die hintere Terrasse überdacht werden.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Vorhaben zu. Dabei wird erwartet, daß die in der Südansicht dargestellte gläserne Überdachung der Terrasse auch tatsächlich so ausgeführt wird.

4. Aufzugsanlage im Rathaus – Abschluß eines Wartungsvertrages mit der Fa. Hiro

Die Fa. Hiro baut derzeit den Aufzug im Treppenhaus des Rathauses ein. Sie hat der Stadt den Abschluß eines Wartungsvertrages angeboten. Die Kosten bei einem dreimonatigen Wartungsintervall betragen jährlich 1.082,90 € brutto. Die Laufzeit beträgt zunächst 3 Jahre und verlängert sich bei Nichtkündigung um jeweils 1 Jahr.

Der Bau- und Umweltausschuß stimmte dem Abschluß des Wartungsvertrages mit der Fa. Hiro zu.

5. Volksschule Wörth – Ersatzbeschaffung eines BHKW

Das in der Volksschule im Jahr 2001 in betrieb genommene Blockheizkraftwerk steht seit dem 30.06.2010 ununterbrochen still. Verschiedene Versuche einer Instandsetzung sind insbesondere an der fehlenden Mitwirkungsbereitschaft der Fa. DIT gescheitert. Das Ingenieurbüro Wüst hat die Anlage eingehend untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Reparatur angesichts des Alters der Anlage und weiterer zu erwartender Aufwendungen nicht mehr wirtschaftlich ist, zumal eine ordnungsgemäße Wartung bei einem weiteren Betrieb nicht sicherzustellen wäre. Das Büro empfiehlt dringend die Neuanschaffung eines BHKW-Moduls bzw. einer Kaskaden-BHKW-Anlage. Die Aufwendungen werden auf etwa 70.000-90.000 € (netto) zuzüglich Nebenkosten geschätzt.

Die Kämmerei hat sich insbesondere unter steuerlichen Gesichtspunkten dieser Einschätzung angeschlossen, jedoch darauf hingewiesen, daß die Maßnahme im Haushaltsplan 2011 nicht veranschlagt ist und ggf. im Nachtragshaushalt vorzusehen ist.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, unverzüglich mit dem Büro Wüst die Beschaffung eines neuen BHKW vorzubereiten.

6. Friedhof - Ausweisung von Urnenerdgräbern

Der Bau- und Umweltausschuß hat in den letzten Monaten die Anlage eines Urnenerdgrabfeldes im Friedhof mehrfach beraten. Die näheren Untersuchungen durch die Verwaltung haben ergeben, daß die geplante Gestaltung der Abdeckplatten mit einem Neigungswinkel von etwa 7° wegen der dadurch erforderlichen seitlichen Auflager zu relativ hohen Aufwendungen führen wird. Gleiches gilt für eine Gliederung der Grabfeldes mit Natursteinpflaster. Es wird statt dessen vorgeschlagen, für beide Grabreihen Streifenfundamente anzulegen und als Auflagepunkte jeweils bodengleich abschließende Leistensteine zu versetzen. Dadurch könnten alle Abdeckplatten flach aufgelegt werden und eine gleichmäßige Höhenlage wäre sichergestellt.

Der Bau- und Umweltausschuß beschloß mit 9:1 Stimmen, diesem Vorschlag zu folgen. Stadtrat Henrich wandte sich gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene weitgehend freie Materialwahl für die Abdeckplatten. Diese Frage soll nochmals bei der Beratung der notwendigen Änderung der Friedhofsatzung erörtert werden.

7. Neugestaltung des Bahngeländes – Grünstreifen entlang der Bahnlinie

Im Rahmen des Projekts „Freundliche Bahnhöfe im Landkreis Miltenberg“ hatte das Büro Böhlinger u.a. vorgeschlagen, den Grüngürtel unmittelbar westlich/südlich der Bahnlinie punktuell etwa auszdünnen, um eine bessere Blickverbindung von der Bahnstraße zum neuen Halte-

punkt und damit eine bessere soziale Kontrolle zu ermöglichen. Hiergegen hat sich eine größere Anzahl von Anwohnern der Bahnstraße und angrenzender Straße schriftlich ausgesprochen. Sie verweisen auf die wichtige Funktion der Grünfläche als optische Verschönerung wie auch als schallschützendes Element.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis. Die Eingabe soll bei den weiteren Planungen mit beraten werden.

8. Gestaltung der Blumenwiese am südlichen Ortseingang

In seiner Sitzung vom 23.02.2010 hatte der Bau- und Umweltausschuß beschlossen, im Winter 2010/2011 eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Blumenwiese am südlichen Ortseingang zu treffen, nachdem das Erscheinungsbild nur im ersten Jahr allen Erwartungen entsprach.

Auch der im Jahr 2010 erreichte Zustand wurde vom Bau- und Umweltausschuß nicht als zufriedenstellend beurteilt. Stadtrat Hennrich regte deshalb an, die Fläche als Grünland einem Landwirt zur Bearbeitung zu übergeben. Bürgermeister Dotzel schlug vor, eine Ortsbegehung mit einem erfahrenen Landschaftspfleger durchzuführen und dabei zu überprüfen, ob ein Stanzen der Fläche mit nachfolgender händischer Einsaat zu prüfen. Ein Anteil von Blumen in einer Wiese sei nur mittelfristig zu erreichen, wobei die Fläche nur einmal jährlich gemäht werden dürfe.

Der Bau- und Umweltausschuß beauftragte die Verwaltung, die o.g. Klärung schnell herbeizuführen. Zielsetzung soll dabei eine pflegeleichte Gras/Blumen-Mischwiese sein.

9. Ergebnis von Verkehrsmessungen in der Bahnstraße

Wie in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 14.03.2011 angekündigt, hat der EZV in der Bahnstraße umfangreiche Verkehrsmessungen durchgeführt. Die wesentlichen Ergebnisse wurden den Ausschußmitgliedern schriftlich übergeben. Danach wurden in Fahrtrichtung Trennfurt in einer Woche 2908 Fahrzeuge und in der Gegenrichtung 2.175 Fahrzeuge gemessen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt bei etwa 50 km/h; allerdings wurde auch festgestellt, daß etwa 12-18% der Verkehrsteilnehmer die zulässige Höchstgeschwindigkeit teilweise deutlich überschreiten.

Der Bau- und Umweltausschuß nahm dies zur Kenntnis.

Wörth a. Main, den 20. April 2011

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer